

**Digitale Schriftenreihe der Carl-Schirren-Gesellschaft
Band 07**

Adrianna A. Michel

**Polens Beziehungen zu Russland
Ein Blick in die Geschichte**

Am 10. August 2015 hätte Boris Meissner seinen 100. Geburtstag feiern können. Aus diesem Anlass veranstalteten der Göttinger Arbeitskreis, die Carl-Schirren-Gesellschaft sowie die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen vom 06. bis zum 08. November 2015 in Lüneburg das 27. Baltische Seminar „Boris Meissner, Osteuropa und das Völkerrecht zum 100. Geburtstag von Boris Meissner“.

Neben mehreren Würdigungen Boris Meissners erfolgten Referate, in denen die Sowjetunion und Russland, die baltischen Staaten, Belarus, Polen, die Ukraine sowie Moldawien und Georgien im Mittelpunkt standen.

Der folgende Text ist ein Beitrag zum 27. Baltischen Seminar, das durch die Unterstützung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht wurde.

© 2021 Carl-Schirren-Gesellschaft e.V.

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherungen und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

Polens Beziehungen zu Russland – ein Blick in die Geschichte

I. Einleitung

Polen und Russland blicken in ihrer jahrhundertelangen Geschichte auf eine Vielzahl problematischer Phasen zurück. Der große Nachbar im Osten verhiß für Polen meist nichts Gutes: Unterdrückung, Kriege, Fremdherrschaft. Es wundert daher wenig, dass es bis heute in den polnisch-russischen Beziehungen dauerhafte Spannungen gibt.

Besonders verheerend für die gegenseitigen Beziehungen waren die Entwicklungen im 18. Jahrhundert, das durch die Entstehung des neuen russischen Imperiums und den Niedergang der polnischen Adelsrepublik geprägt war. So nahm etwa Russland bei den polnischen Teilungen 1772, 1793 und 1795 eine bedeutende Rolle ein. Dem gegenüber standen auch polnische Angriffe auf Russland wie etwa in den Jahren 1610 und 1709.¹

Seit dem Jahre 1990 führten gegensätzliche politische Interessen zu einer Verschlechterung der polnisch-russischen Beziehungen. Zunächst lag der Fokus der polnischen Außenpolitik auf einer Verbesserung der Beziehung. Eine Annäherung der beiden Länder ist jedoch bisher nicht in Sicht.

Am stärksten belastet werden die polnisch-russischen Beziehungen durch die historischen Streitfragen und den unterschiedlichen Stellenwert, den beide Seiten der Geschichte zuweisen. Im Jahre 2000 wurden zwei polnische Militärfriedhöfe in Katyn und in Mednoje eröffnet, womit aus russischer Sicht der Streit um Katyn abgeschlossen war. Für die Russen waren und sind die polnischen Forderungen nach völliger Aufklärung des Verbrechens von Katyn unverständlich. Russland machte mehrmals deutlich, dass die polnische Seite nur deshalb in dieser Frage kontinuierlich Druck auf Russland ausübe, weil sie in der polnischen Gesellschaft antirussische Stimmungen am Leben erhalten wolle, um sie für

¹ PATRIZIA HEY: Die sowjetische Polenpolitik Anfang der 1980er Jahre und die Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen. Tatsächliche sowjetische Bedrohung oder erfolgreicher Bluff?, 2010, S. 33.

innenpolitische Zwecke zu nutzen. Im März 2005 beendete die russische Militärstaatsanwaltschaft die Untersuchung im Fall von Katyn, verweigerte die Anerkennung des dort Geschehenen als Völkermord und sperrte den Großteil der einschlägigen Dokumente für die Öffentlichkeit. Dies rief in Polen, wo man nach wie vor auf der vollständigen Aufklärung des Verbrechens von Katyn beharrt, Befremden hervor.

Zu den historischen Streitfragen zählt zudem die diametral entgegengesetzte Bewertung und Umsetzung der Annexion der polnischen Ostgebiete auf der Grundlage des Ribbentrop-Molotow-Paktes nach dem 17. September 1939.

Die wichtigste Streitfrage zwischen Warschau und Moskau in den 1990er Jahren war jedoch eine sicherheitspolitische, die erheblich zur Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen beitrug. Polen wollte so schnell wie möglich der NATO beitreten, wogegen Moskau offen protestierte. Das unerwartete Einverständnis mit einer Mitgliedschaft Polens in der NATO, das Präsident Boris Jelzin während seines Besuches in Warschau im August 1993 verkündete, wurde schnell zurückgenommen. Im Anschluss daran verschlechterten sich die polnisch-russischen Beziehungen kontinuierlich trotz der Bemühungen von polnischer Seite.

Im Folgenden soll die gemeinsame Vergangenheit beider Staaten beleuchtet werden. Hierbei wird allerdings nur auf diejenigen historischen Ereignisse eingegangen, die die größten Auswirkungen auf das Verhältnis Polens und Russlands hatten und die gegenseitigen Beziehungen bis in die heutige Zeit beeinflussen.

II. Die Schatten der Vergangenheit

1. Die drei Teilungen des polnischen Staates 1772-1793-1795

a) Der Weg zur ersten Teilung 1772

Im Rahmen der Verhandlungen zwischen Preußen und Russland konnte Heinrich, der Bruder des preußischen Königs Friedrich II., die Zarin Katharina II. schließlich im Oktober 1770 zu einer Teilung von polnischen Gebieten überreden.² Russland gab sein Einverständnis, da die Unterwerfung der Aufständischen sich in Polen hinzog, sodass es handeln musste.³ Preußen hatte schon lange das Ziel einer Landbrücke nach Ostpreußen verfolgt und Österreich erhoffte sich eine Entschädigung für die im Jahre 1740 verlorenen schlesischen Gebiete.⁴ Demnach verfolgten zumindest Preußen und Österreich mit einer Teilung territoriale Kompensationen.⁵

Der Abschluss der gegenseitigen Teilungsverträge erfolgte am 25. Juli 1772.⁶ Bereits zuvor hatten Truppen der Vertragspartner die von ihnen beanspruchten Gebiete besetzt.⁷

In dieser ersten Teilung Polens⁸ annektierte Russland den polnischen Teil Livlands und die östlichen Gebiete mit 84.000 km² und 1,25 Millio-

² Vgl. TADEUSZ CEGIELSKI: Das alte Reich und die erste Teilung Polens 1768-1774, 1988, S. 71; ADOLF BEER: Die Erste Theilung Polens, Zweiter Band, 1873, S. 44-46.

³ Vgl. HARTMUT BOOCKMANN: Deutsche Geschichte im Osten Europas. Ostpreußen und Westpreußen, 2. Aufl., 1992, S. 320.

⁴ Vgl. HANS LEMBERG: Polen zwischen Russland, Preussen und Österreich im 18. Jahrhundert, in: Die erste polnische Teilung 1772, hrsg. von FRIEDHELM BERTHOLD KAISER/BERNHARD STASIEWSKI, 1974, S. 29-48 (hier S. 42).

⁵ Vgl. CIEGIELSKI: Das alte Reich (wie Anm. 2), S. 68.

⁶ Text: The Consolidated Treaty Series, vol. 45 (1772-1775), hrsg. von CLIVE PARRY, 1969, S. 57 ff. (Österreich-Russland), 67 ff. (Österreich-Preußen), 73 ff. (Russland-Preußen).

⁷ Vgl. HERBERT H. KAPLAN: The First Partition of Poland, 1962, S. 174; TADEUSZ ŁEPKOWSKI: Polska – narodziny nowoczesnego narodu 1764-1870 [Polen - Geburt einer modernen Nation], 2003, S. 133.

⁸ Konkret des polnisch-litauischen Unionsstaates.

nen Bewohnern. Österreich besetzte unter dem vermeintlich historischen Titel eines „Königreichs Galizien und Lodomerien“⁹ Kleinpolen südlich der Weichsel und die Südostgebiete Wolhynien, Podolien und Krakau mit 84.000 km² und 2,67 Millionen Menschen. Preußen nahm sich das „Königliche Preußen“¹⁰, das Ermland sowie den sogenannten Netzedistrikt¹¹ mit nur knapp 35.000 km² und etwa 356.000 Einwohnern und hatte damit den zwar kleinsten, strategisch aber den für das Land wichtigsten Gebietsteil errungen.¹²

Die erste Teilung hatte ganz Polen in einen Schock versetzt und dazu geführt, dass ein verstärkter Wunsch nach Reformen und dem Wiederaufbau Polens aufkam.¹³ Der polnische König sympathisierte mit den Reformierungswünschen der Polen,¹⁴ zu denen etwa die Abschaffung

⁹ Diese Gesamtbezeichnung für die Region ist eine Ableitung vom mittelalterlichen „Halych und Volodymyr“. Lodomerien gehörte nicht zur Neuerwerbung und blieb auch stets außerhalb der österreichischen Grenzen. Unter die Bezeichnung Galizien wurden nach dem Jahre 1772 auch Regionen subsumiert, die niemals dem früheren Fürstentum Halych angehört hatten. Im kaiserlichen Erlass vom 3. Oktober 1772 wurde als Legitimation für die Besitzergreifung des neuen Territoriums angeführt, dass Galizien und Lodomerien ursprünglich als russische Fürstentümer seit dem 13. Jahrhundert zum Königtum Ungarn gehörten und im Jahr 1412 rechtswidrig vom Königreich Polen eingenommen worden seien. Damit war die Erklärung geliefert, dass die Länder Teil der Krone Böhmens waren und die österreichische Erzherzogin Maria Theresia zugleich Königin von Ungarn und Böhmen war. Vgl. HORST GLASSL: Das österreichische Einrichtungswerk in Galizien (1772-1790), 1975, S. 54; HANS-CHRISTIAN MANER: Galizien. Eine Grenzregion im Kalckül der Donaumonarchie im 18. und 19. Jahrhundert, 2007, S. 41.

¹⁰ Das Königliche Preußen wurde nun Westpreußen genannt. Mit dem preußischen Gebietszugewinn war die Teilung Preußens aus dem Jahre 1466 aufgehoben und Preußen hatte wieder eine Landverbindung zwischen seinen östlichen Landesteilen. Vgl. GOTTHOLD RHODE: Staatliche Entwicklung und Grenzbeziehungen, Die Ostgebiete des Deutschen Reiches, hrsg. von DERS., 41957, S. 96-158 (hier S. 111).

¹¹ Bei dem Netzedistrikt handelte es sich um an Preußen südlich angrenzende beiderseits der Netze liegende Landstreifen.

¹² KONRAD MEWES: Die polnischen Teilungen, in: Deutschland und Polen 1772-1945, hrsg. von HELMUTH FECHNER, 1964, S. 9-29 (hier S. 16).

¹³ Vgl. MARIAN HENRYK SEREJSKI: Europa a rozbiory Polski. Studium historiograficzne [Europa und die Teilungen Polens. Eine historiographische Studie], 2. Aufl., 2009, S. 101.

¹⁴ Vgl. JÓZEF ANDRZEJ GIEROWSKI: The Polish-Lithuanian Commonwealth in the XVIIIth Century. From Anarchy to Well-organised State, 1996, S. 254.

des *Liberum Veto*¹⁵ gehörte, erregte aber damit den Widerspruch eines Teils des Adels, insbesondere der Magnaten.¹⁶ Solange sich die Teilungsmächte in ihrem Vorgehen gegenüber Polen einig waren, bestand wenig Hoffnung, neue Reformen in Polen durchsetzen zu können. Die Einigkeit der drei Mächte zerbrach aber im Jahre 1788, als Russland und Österreich einen gemeinsamen Krieg gegen die Türkei führten, Preußen sich jedoch mit England, Niederlande und der Türkei gegen sie verbündete.¹⁷

Im Vierjährigen Sejm in den Jahren 1788 bis 1792¹⁸ formierten sich in Polen die Anhänger, die gegen eine enge Anlehnung an Russland waren, immer stärker. Dadurch kam eine tragfähige Mehrheit zustande, die es ermöglichte, durch innenpolitische Reformen die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen.¹⁹ Im Oktober 1788 kam der sogenannte „Große Reichstag“ zusammen.²⁰ Am 3. Mai 1791 wurde schließlich ein Verfassungsentwurf vorgelegt und angenommen.²¹ Die Verfassung vom

¹⁵ Einspruchsrecht im polnischen Parlament. Jeder Abgeordnete konnte aufgrund seines Einspruchs Beschlüsse verhindern.

¹⁶ Vgl. WITOLD ŁUKASZEWICZ: Targowica i powstanie kościuszkowskie [Targowica und der Kościuszko-Aufstand], 1953, S. 90; DARIUSZ ROJLIK: Szlachta koronna wobec konfederacji Targowickiej (maj 1792-styczeń 1793) [Der Adel der Krone und die Konföderation von Targowica (Mai 1792-Januar 1793)], 2000, S. 61.

¹⁷ Vgl. HERMANN VAHLE: Die polnische Verfassung vom 3. Mai 1791 im zeitgenössischen deutschen Urteil, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Neue Folge 19 (1971), S. 347-370 (hier S. 347).

¹⁸ Eine detaillierte historische und rechtliche Aufarbeitung des Vierjährigen Sejms findet sich bei: BOGUSŁAW LEŚNODORSKI: Dzieło Sejmu Czteroletniego (1788-1792). Studium historyczno-prawne [Die Arbeit des Vierjährigen Sejms. Historisch-rechtliche Studie], Wrocław 1951.

¹⁹ Vgl. SEREJSKI: Europa a rozbiory Polski (wie Anm. 13), S. 102; STANISŁAW RUSSOCKI: Modernisierung oder Reform? Die „Einstimmigkeit“ der polnischen Reichstagsbeschlüsse und ihr Wandel im 18. Jahrhundert, in: Modernisierung und nationale Gesellschaft im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert. Referate einer deutsch-polnischen Historikerkommission, hrsg. von WERNER CONZE/GOTTFRIED SCHRAMM/KLAUS ZERNACK, 1979, S. 28-33 (hier S. 31 f.).

²⁰ Vgl. ŁUKASZ KADZIĘLA: Narodziny Konstytucji 3 maja [Die Geburt der Verfassung vom 3. Mai], 1991, S. 37.

²¹ Vgl. JERZY ŁUKOWSKI: The Partitions of Poland 1772, 1793, 1795, 1999, S. 140. Zu Ehren der Maiverfassung wurde der 3. Mai in Polen zum Nationalfeiertag bestimmt. Seit 2007 ist dieser Tag auch Nationalfeiertag in Litauen.

3. Mai 1791 schrieb als dritte Verfassung nach der Verfassung der Vereinigten Staaten und der Verfassung Frankreichs die Rechte und Pflichten der Bürger fest.²²

b) Die zweite Teilung 1793

Russland sah die „polnische Revolution“ als gegen seine Interessen gerichtet²³ und schlug Preußen vor, gemeinsame Schritte, insbesondere eine gewaltsame Wiederherstellung der alten polnischen Verfassung, einzuleiten.²⁴ Nachdem Katharina sich vergewissert hatte, dass Preußen keineswegs zu einer Garantie oder gar Verteidigung der alten Verfassung bereit war, setzte sie im Mai 1792 russische Truppen gegen Polen-Litauen in Marsch.²⁵ In nur wenigen Wochen wurde das polnisch-litauische Heer von der russischen Übermacht geschlagen. Der Sturz der Maiverfassung war damit nach dem formalen Abschluss des Manifestes von Targowica nun auch faktisch vollzogen.²⁶ Katharina ging es aber keineswegs um eine erneute Teilung Polen-Litauens. Sie wollte vielmehr den Zuwachs Preußens durch polnische Gebiete verhindern oder möglichst in engen Grenzen halten. Ihr Ziel lag daher vor allem in der Wiederherstellung und Befestigung der russischen Oberhoheit über einen polnischen Protektoratsstaat.²⁷

c) Der Kościuszko-Aufstand und das Gemetzel von Praga 1794

Die Befreiung Polens von der russischen Besatzungsmacht und seine vollständige staatliche Unabhängigkeit waren die erklärten Ziele des Kościuszko-Aufstandes.²⁸ Die Unruhen in Polen begannen zu Anfang des Jahres 1794. Zwischen den patriotischen Gesellschaften entstand ein

²² Vgl. GIEROWSKI: Polish-Lithuanian Commonwealth (wie Anm. 14), S. 255.

²³ Vgl. ROBERT HOWARD LORD: Drugi Rozbiór Polski, 1984, S. 221.

²⁴ Vgl. MARTIN BROSZAT: 200 Jahre deutsche Polenpolitik, 1963, S. 38.

²⁵ Vgl. DANIEL STONE: Polish Politics and National Reform 1775-1788, 1976, S. 84.

²⁶ Vgl. BROSZAT: 200 Jahre deutsche Polenpolitik (wie Anm. 24), S. 39.

²⁷ Vgl. BROSZAT: 200 Jahre deutsche Polenpolitik (wie Anm. 24), S. 40.

²⁸ Vgl. ZBIGNIEW GÓRALSKI: Der Kościuszko-Aufstand und die Monarchie, in: Der letzte Ritter und erste Bürger im Osten Europas. Kościuszko, das aufständische Reformpolen und die Verbundenheit zwischen Polen und der Schweiz, hrsg. von HEIKO HAUMANN/JERZY SKOWRONEK, 1996, S. 221-226 (hier S. 221).

Netz enger Verbindungen mit einer leitenden Zentrale in Krakau, die Kontakte zu den emigrierten Urhebern der Maiverfassung aufnahm. Die Polen sahen in Tadeusz Kościuszko ihren Führer der nationalen Befreiung.²⁹ Am 24. März 1794 wurde die Aufstandsakte proklamiert³⁰ und Kościuszko ließ sich offiziell zum Führer des nationalen Befreiungskampfes ausrufen.³¹ Bei Raclawice gelang ihm ein militärischer Überraschungserfolg gegen Russland, der im ganzen Land einen enormen Eindruck hinterließ.³² Auf diese Weise konnte er in Folge im April Warschau erobert werden.³³ Die Befreiung setzte sich daraufhin erfolgreich in weiteren Städten durch.³⁴ Die von Kościuszko anfangs auf Preußen gesetzten Erwartungen wurden allerdings enttäuscht. Berlin entschloss sich nämlich, dem russischen Hilfsersuchen Folge zu leisten. Die preußischen Truppen schlugen Juni 1794 Kościuszkos Truppen und nahmen Krakau ein.³⁵ Für die Verwirklichung der preußischen Annexionspläne war die Eroberung Warschaus von großer Bedeutung.³⁶ Die entscheidende Niederlage erlitten die polnischen Truppen schließlich am 10. Oktober 1794 unter dem Befehl von Kościuszko in der Schlacht bei Maciejowice.³⁷ Mit der Einnahme Warschaus sowie der Gefangennahme der polnischen Führer war das Schicksal des Volksaufstandes besiegelt. Die Schlacht bei Praga vom 4. November 1794 verweist auf die militärische

²⁹ Bis heute wird er in Polen als Nationalheld gefeiert.

³⁰ Vgl. ADELE TATARINOFF-EGGENSCHWILER: Tadeusz Kościuszko 1746-1817. Kampf und Opfer für die Freiheit, 1967, S. 47 f.; GÓRALSKI: Der Kościuszko-Aufstand und die Monarchie (wie Anm. 28), S. 224.

³¹ Vgl. STANISŁAW ARNOLD/MARIAN ŻYCHOWSKI: Abriss der Geschichte Polens. Von den Anfängen des Staates bis in die neueste Zeit, 1967, S. 78.

³² Vgl. TADEUSZ RAWSKI: Powstanie kościuszkowskie 1794. Dzieje militarne [Der Kościuszko-Aufstand. Militärgeschichte], Bd. I, 1994, S. 184 ff.

³³ Vgl. ARNOLD/ŻYCHOWSKI: Abriss der Geschichte Polens (wie Anm. 31), S. 78; TATARINOFF-EGGENSCHWILER, Tadeusz Kościuszko (wie Anm. 30), S. 57.

³⁴ Vgl. BROZAT: 200 Jahre deutsche Polenpolitik (wie Anm. 24), S. 42.

³⁵ Vgl. ARNOLD/ŻYCHOWSKI: Abriss der Geschichte Polens (wie Anm. 31), S. 79.

³⁶ Vgl. ERHARD MORITZ: Preußen und der Kościuszko-Aufstand 1794. Zur preußischen Polenpolitik in der Zeit der Französischen Revolution, 1968, S. 103.

³⁷ Vgl. JAN WASICKI: Powstanie kościuszkowskie w Wielkopolsce [Der Kościuszko-Aufstand in Großpolen], 1957, S. 152; ARNOLD/ŻYCHOWSKI, Abriss der Geschichte Polens (wie Anm. 31), S. 79.

Auseinandersetzung zwischen den Truppen des Russischen Reiches und der Rzeczpospolita im östlichen Vorort Warschau, Praga, während des Kościuszko-Aufstands. Im Verlaufe der Schlacht begannen die Russen die gesamte Vorstadt Warschau zu plündern und niederzubrennen, was als blutige Rache für die vorherige Vernichtung der russischen Garnison von Warschau während der dortigen Erhebung vom April 1794 gesehen wurde, die nach der Zweiten Teilung Polens im Jahre 1793 in der Hauptstadt des Königreichs Polen stationiert war. Damals waren mehr als 4.000 russische Soldaten und Zivilisten getötet worden. Fast der gesamte Bereich von Praga wurde geplündert und dem Erdboden gleichgemacht, viele seiner Einwohner ermordet.

d) Die dritte Teilung 1795

Russland hatte während des Kościuszko-Aufstandes den entscheidenden Schlag geführt und von Petersburg hing jetzt in erster Linie die weitere Zukunft des polnischen Staates ab. Nach dem Aufstand war absehbar, dass eine dritte Teilung folgen würde.³⁸ Anders als bei den ersten beiden Teilungen war jetzt auch Petersburg von vorneherein zur kompletten Aufteilung Polen-Litauens entschlossen.³⁹ Nach der dritten Teilung war Polen-Litauen von der Landkarte Europas verschwunden. Preußen erwarb den größten Teil Masowiens mit Plock und Warschau, fast ganz Podlachien mit Bialystock und Teile Litauens bis zur Memel und Kleinpolens bis zur oberen Pilica.⁴⁰ Russland besetzte den ganzen Osten bis an Bug und Memel einschließlich Kurland. Österreich bekam das Gebiet beiderseits der mittleren Weichsel zwischen Pilica und Bug.⁴¹ Die Zeit nach den Teilungen zwischen den Jahren 1795 bis 1918 war für die Polen

³⁸ Vgl. MORITZ: Preussen und der Kościuszko-Aufstand 1794 (wie Anm. 36), S. 167; LORD: *Drugi Rozbiór Polski* (wie Anm. 23), S. 296; MICHAEL G. MÜLLER: Die Teilungen Polens 1772-1793-1795, 1984, S. 52 f.

³⁹ BROZAT: 200 Jahre deutsche Polenpolitik (wie Anm. 24), S. 43.

⁴⁰ Preußen bildete aus den hinzugewonnenen Gebieten zwischen der ostpreussischen Grenze und den Flüssen Weichsel, Bug und Memel sowie mit dem Gebiet Westmasowien mit Plock und Bialystok die Provinz „Neuostpreußen“. Vgl. BRUNO SCHUMACHER: *Geschichte Ost- und Westpreußens*, Sonderausgabe der 6. Aufl. 1977, 2002, S. 226.

⁴¹ RHODE: *Staatliche Entwicklung* (wie Anm. 10), S. 111.

mit Fremdherrschaft, Unterdrückung und dem Kampf um die Unabhängigkeit verbunden. Die Polen hatten sich mit dem Verlust ihrer Staatlichkeit niemals abgefunden. Der Zeitraum bis zur Wiedererrichtung des unabhängigen Staates Polen im Jahre 1918 war daher von zahlreichen Kämpfen in den Teilungsgebieten zur Erlangung seiner Unabhängigkeit geprägt.

2. Erster Weltkrieg, Versailler Friedensvertrag und die Zeit nach der „Wiederauferstehung“ des polnischen Staates

Im Friedensvertrag von Versailles wurde die Unabhängigkeit Polens proklamiert. Die Siegermächte legten die neuen Grenzen in Osteuropa nach den bestehenden Bevölkerungsmehrheiten fest. Zwei Vertreter Polens durften an den Vertragsverhandlungen, die am 18. Januar 1919 in Paris aufgenommen wurden, teilnehmen.⁴² Die Polen bestimmten Roman Dmowski und Ignacy Paderewski, der inzwischen zum Ministerpräsidenten der Warschauer Regierung bestimmt worden war, zu ihren Vertretern. Dmowski forderte in seinem Bericht⁴³ für Polen die historische Grenze aus dem Jahre 1772 mit Niederschlesien und Teilen von Ostpreußen, die früher polnisch waren.⁴⁴ Am 28. Juni 1919 unterzeichneten Paderewski und Dmowski im Namen Polens im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles den Versailler Friedensvertrag⁴⁵. Unklar blieb, wie die Ostgrenze Polens ausgestaltet werden sollte. Der Vertrag ließ die Frage

⁴² Vgl. STANISŁAW KOZICKI: Sprawa granic Polski na konferencji pokojowej w Paryżu [Die Frage der polnischen Grenze auf der Friedenskonferenz in Paris], 1921, S. 11.

⁴³ Französischer Text: Sekretariat Jeneralny Delegacji Polskiej (Hrsg.), Akty i dokumenty dotyczące spraw granic Polski na Konferencji Pokojowej w Paryżu 1918-1919, część 1. Program terytorialny delegacji [Akte und Dokumente betreffend die Grenzfrage Polens auf der Friedenskonferenz in Paris 1918-1919, Teil 1. Territorialprogramm der Delegation], 1920, S. 109-123 (die polnische Westgrenze betreffend) und S. 125-133 (die polnische Ostgrenze betreffend).

⁴⁴ Vgl. TITUS KOMARNICKI: Rebirth of the Polish Republic. A Study in the Diplomatic History of Europe 1914-1920, 1957, S. 326; ZDZIŚLAW WRONIAK: Sprawa polskiej granicy zachodniej w latach 1918-1919 [Die Frage der polnischen Westgrenze in den Jahren 1918-1919], 1963, S. 101.

⁴⁵ Text: RGBl. 1919, Nr. 140, S. 688 ff.

der polnischen Ostgrenze ausdrücklich offen und sah eine spätere Entscheidung der Alliierten vor.⁴⁶ Mit dem Argument des Selbstbestimmungsrechts der Völker wollten die Siegermächte die Grenzziehung nach Maßgabe einer ethnographischen Grenze festlegen.⁴⁷ Am 8. Dezember 1919 wurde aufgrund der Curzon-Linie⁴⁸ die vorläufige Grenze zwischen Polen und Sowjetrussland bestimmt.⁴⁹

Weder Sowjetrussland noch Polen gaben sich mit diesem Vorschlag zufrieden. Die Polen, insbesondere Józef K. Pilsudski, bestanden weiterhin darauf, dass Polen in den Grenzen von Polen-Litauen in der Zeit vor den drei Teilungen wiederhergestellt würde. Das gleichzeitige Vordringen der polnischen Armee nach Osten und der Roten Armee nach Westen in die von den deutschen Truppen geräumten Gebiete führte im Frühjahr 1919 zu ersten militärischen Zusammenstößen zwischen Polen und Sowjetrussland.⁵⁰ Der polnischen Armee gelang schließlich am 16. August 1920 der endgültige Sieg, indem sie die Rote Armee zum überstürzten Rückzug und zur Aufgabe aller eroberten Gebiete zwingen konnte.⁵¹ Große Unzufriedenheit bei den Polen herrschte jedoch darüber, dass Wilna gemäß der Curzon-Linie auf der Seite Litauens verblieb. Nach einem am 10. Juli 1920 unterzeichneten Protokoll über die Bedingungen des Waffenstillstandes sollte sich Polen hinter die Curzon-Linie zurückziehen. Sowjetrussland hielt sich nicht an diesen Waffenstillstand und drang weiter in das Innere Polens vor. Am 14. Juli wurde Wilna schließlich von der Roten Armee besetzt. Am 15. Juli 1920 wurde der

⁴⁶ Vgl. Art. 87 Abs. 3-5 Versailler Vertrag.

⁴⁷ Vgl. MICHAŁ BOBRZYŃSKI: *Wskrzeszenie państwa polskiego. Szkic historyczny* [Die Auferstehung des polnischen Staates. Eine historische Skizze], Bd. 1. 1914-1918, 1920, S. 113 f.

⁴⁸ Den Namen „Curzon-Linie“ erhielt die Demarkationslinie erst im Juli 1920, nachdem sie im Zusammenhang mit den Waffenstillstandsverhandlungen der Alliierten im Polnisch-Sowjetischen Krieg vom britischen Außenminister Lord Curzon im Protokoll von Spa als Waffenstillstandslinie vorgeschlagen worden war. Vgl. KARL VON JENA: *Polnische Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg*, 1980, S. 22.

⁴⁹ Die Demarkationslinie entsprach weitgehend der Grenze, die zwischen 1815 und 1914 Kongresspolen und Russland voneinander getrennt hatte.

⁵⁰ Vgl. VON JENA: *Polnische Ostpolitik* (wie Anm. 48), S. 21.

⁵¹ VON JENA: *Polnische Ostpolitik* (wie Anm. 48), S. 29.

Frieden zwischen der Republik Litauen und Sowjetrussland unterzeichnet. Sowjetrussland erkannte Litauen als unabhängigen Staat an und am 27. August 1920 übergab die Rote Armee Wilna endgültig an Litauen.⁵² Pilsudski gab sich damit nicht zufrieden, sodass er am 9. Oktober 1920 der polnischen Armee den Befehl gab, in Wilna einzumarschieren.⁵³

Als vorübergehende Lösung⁵⁴ wurde die Gründung von Mittel-Litauen⁵⁵ auf dem besetzten Gebiet proklamiert.⁵⁶

⁵² Vgl. ARUNAS BUBNYS: Der litauisch-polnische Konflikt 1919-1923 aus völkerrechtlicher Sicht, in: Polen nach dem Kommunismus, hrsg. von ERWIN OBERLÄNDER, 1993, S. 106-114 (hier S. 109); HANS ROOS/MANFRED ALEXANDER: Geschichte der polnischen Nation 1918-1985. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, 1986 S. 94.

⁵³ Vgl. ALEKSANDER SREBRACKOWSKI: Sejm Wileński 1922 roku. Idea i jej realizacja [Der Reichstag von Vilnius 1922. Idee und deren Umsetzung], 1993, S. 40 f.; PIOTR ŁOSSOWSKI: Stosunki polsko-litewskie w latach [Polnisch-litauische Verhältnisse in den Jahren] 1918-20], 1966, S. 302.

⁵⁴ Um die Annexion des Wilna-Gebietes zu „verschleiern“, führte Polen am 8.1.1922 Wahlen zu dem sog. Sejm „Mittel-Litauens“ durch, der dieses Territorium am 20. Februar Polen zusprach. Vgl. INGO LOOSE: Der Erste Weltkrieg als Eschatologie. Staatliche Einheit und Sinnstiftung in der Zweiten Polnischen Republik 1918-1939, in: Die Weltkriege als symbolische Bezugspunkte: Polen, die Tschechoslowakei und Deutschland nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, hrsg. von NATALI STEGMANN, 2009, S. 39-57 (hier S. 47); ALGIS KASPERAVIČIUS: Kształtowanie się litewskich struktur państwowych i problem porozumienia się z Polską [Die Herausbildung litauischer Staatsstrukturen und das Problem der Verständigung mit Polen], in: Rok 1918. Odrodzona Polska w nowej Europie [Das Jahr 1918. Das wiedergeborene Polen im neuen Europa], hrsg. von ANDRZEJ AJNENKIEL, 1999, S. 128-136 (hier S. 129).

⁵⁵ Erst am 22. Dezember 1922 wurde die Wojewodschaft Wilna als 16. Wojewodschaft Polens gegründet. Vgl. RYSZARD KACZMAREK: Historia Polski [Geschichte Polens]. 1914-89, 2010, S. 133.

⁵⁶ Vgl. PIOTR ŁOSSOWSKI: Po tej i tamtej stronie Niemna. Stosunki polsko-litewskie [Diesseits und Jenseits der Memel. Polnisch-litauische Verhältnisse] 1883-1939, 1985; S. 167 f.; KACZMAREK: Historia Polski (wie Anm. 55), S. 132 f.

Im Friedensvertrag von Riga⁵⁷ im Jahre 1921, der den polnisch-sowjetischen Krieg beendete,⁵⁸ wurde Polens Ostgrenze etwa 250 Kilometer östlich der Curzon-Linie festgelegt.⁵⁹ Polen erhielt große Teile der Ukraine und Weißrusslands sowie die litauische Hauptstadt Wilna.⁶⁰ Die Anerkennung des Wilna-Gebietes als polnisches Staatsgebiet erfolgte schließlich am 15. März 1923, als die Konferenz der fünf Mächte die östliche Grenze Polens endgültig anerkannte.⁶¹

Anfang der 1930er Jahre war die Sowjetunion am Ausbau der politischen Beziehungen zu Polen interessiert. Hintergrund war insbesondere, dass Polen für die Sowjetunion zu einem wichtigen politischen Faktor und zu einem möglichen Partner geworden war.⁶²

⁵⁷ Der Friedensvertrag von Riga wurde am 18. März 1921 unterzeichnet und trat am 30. April 1921 in Kraft; polnischer Text: KAZIMIERZ WŁADYSŁAW KUMANIECKI: Odbudowa państwowości polskiej. Najważniejsze dokumenty 1912 – styczeń 1924 [Wiederaufbau der polnischen Staatlichkeit. Die wichtigsten Dokumente 1912 – Januar 1924], 1924, Nr. 252, S. 526-545.

⁵⁸ Vgl. JERZY KUMANIECKI: Pokój polsko-radziecki 1921 [Der Frieden von Riga 1921], S. 63; VON JENA, Polnische Ostpolitik (wie Anm. 48), S. 178.

⁵⁹ Vgl. HANS VIKTOR BÖTTCHER: Die Freie Stadt Danzig. Wege und Umwege in die europäische Zukunft, 3. Aufl., 1999, S. 53; Art. II des Rigaer Friedensvertrages zwischen Polen und Russland mit der Ukraine; insgesamt konnte Polen mit der Grenzverschiebung ein Gebiet von etwa 10.000 km² hinzugewinnen. Vgl. ZDZISŁAW G. KOWALSKI: Granica ryska [Die Grenze von Riga], in: Traktat ryski 1921 roku po 75 latach [Der Vertrag von Riga 1921 nach 75 Jahren], hrsg. von MIECZYSLAW WOJCIECHOWSKI, 1998, S. 127-139 (133).

⁶⁰ BERNHARD KEMPEN: Die deutsch-polnische Grenze nach der Friedensregelung des Zwei-plus-Vier-Vertrages, 1997, S. 23 f.

⁶¹ Vgl. PIOTR ŁOSSOWSKI: Stosunki polsko-litewskie w latach [Polnisch-litauische Verhältnisse in den Jahren] 1918-1920, 1966, S. 43; BUBNYS, Der litauisch-polnische Konflikt 1919-1923 aus völkerrechtlicher Sicht (wie Anm. 52), S. 112; ABRAMSON ALEXANDRE ALIUS: Die Curzon-Linie. Das Grenzproblem Sowjetunion-Polen, 1945, S. 39.

⁶² JÜRGEN PAGEL: Polen und die Sowjetunion 1938-1939. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen in den Krisen der europäischen Politik am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, 1992, S. 23.

3. Die Ereignisse während des Zweiten Weltkriegs

a) Der Ribbentrop-Molotow-Pakt

Mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939⁶³ und mit dem Geheimen Zusatzprotokoll⁶⁴ über die Darstellung der beiderseitigen Interessen in Polen⁶⁵ war für Deutschland die Zurückhaltung der Sowjetunion gesichert.

Anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsausbruchs am 1. September 2009 verurteilte Russlands Premierminister Wladimir Putin in einem offenen „Brief an die Polen“ den Ribbentrop-Molotow-Pakt.

b) Überfall auf Polen

Nach Hitlers Befehl wurden die Kampfhandlungen für den 1. September 1939 angesetzt. Die deutsche Wehrmacht überfiel Polen ohne jegliche Kriegserklärung.⁶⁶ Adolf Hitler wollte Polen vernichten, dies sollte „hart und rücksichtslos“ erfolgen und sich bis zur „physischen Vernichtung“ der Bevölkerung „polnischer Abstammung“ erstrecken. Das Hauptziel war dabei, die Gewinnung neuen Lebensraumes für Deutschland.⁶⁷ Nachdem das Vereinigte Königreich und Frankreich als Reaktion auf den Einmarsch der Wehrmacht am 3. September 1939 Deutschland den Krieg erklärt hatten⁶⁸, drängte Deutschland die Sowjetunion dazu, sich in Polen ebenfalls militärisch zu engagieren.⁶⁹ Mit dem Einmarsch der sowjetrussischen Truppen in Polen am 17. September 1939 trat

⁶³ Textauszug und Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes (Hitler-Stalin-Pakt), der am 24.8.1939 (mit Datum vom 23.8.1939) unterzeichnet wurde: HELMUTH K. G. RÖNNEFARTH/ HEINRICH EULER: Konferenzen und Verträge, Teil II, Bd. 4, 2. Aufl., 1959, S. 172 ff.; Text: RGBl. 1939 II, S. 968 f.; GILBERT H. GORNIG, Der Hitler-Stalin-Pakt. Eine völkerrechtliche Studie, 1990, S. 123 ff.

⁶⁴ Text: RÖNNEFARTH/EULER: Konferenzen und Verträge (wie Anm. 63), Teil II, Bd. 4, S. 176; GORNIG: Der Hitler-Stalin-Pakt (wie Anm. 63), S. 125.

⁶⁵ Deutschland und die Sowjetunion wollten Polen unter sich aufteilen. Vgl. STANISLAW GRABSKI: The Polish-Soviet Frontier, 1943, S. 2.

⁶⁶ Vgl. ROLF-DIETER MÜLLER: Der Zweite Weltkrieg. 1939-1945, ¹⁰2004, S. 65.

⁶⁷ Vgl. MARTIN BROZAT: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, 1965, S. 11.

⁶⁸ Vgl. JERZY TOMASZEWSKI: Etappen einer spannungsreichen Nachbarschaft, in: OBERLÄNDER, Polen nach dem Kommunismus (wie Anm. 52), S. 115-133 (hier S. 120).

⁶⁹ Vgl. BROZAT: Nationalsozialistische Polenpolitik (wie Anm. 67), S. 15.

schließlich auch die Sowjetunion in den Krieg gegen Polen ein.⁷⁰ Als wahrscheinlichstes Ziel der Intervention der Sowjetunion galt damals die völlige Aufteilung Polens, obwohl Adolf Hitler immer noch dazu neigte, ein selbständiges Restpolen zu bilden.⁷¹ Am 27. September 1939 war der Feldzug in Polen praktisch beendet.

c) Das Massaker von Katyn

Im April und Mai 1940 wurden mehr als 25.000 Polen, darunter überwiegend Offiziere, aber auch Intellektuelle, Universitätsprofessoren, Lehrer, Unternehmer und Priester von Agenten des sowjetischen Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten auf Befehl Josef Stalins im Wald von Katyn in der Nähe von Smolensk erschossen.⁷² Die Opfer waren während der Besetzung Ostpolens gefangen genommen worden. Dieses Verbrechen ist als das „Massaker von Katyn“⁷³ in die Geschichte eingegangen.⁷⁴

Obwohl die deutsche Besatzungsmacht im Jahre 1943 Massengräber entdeckte und die Weltöffentlichkeit über diese Entdeckung informierte, blieb die Wahrheit über dieses Verbrechen für viele Jahre im Dunkeln.⁷⁵

⁷⁰ Vgl. JÓZEF GARLIŃSKI: Poland in the Second World War, 1985, S. 24; RUDI GOGUEL: Die polnische Frage in den diplomatischen Verhandlungen des Zweiten Weltkriegs, in: Deutsches Institut für Zeitgeschichte in Verbindung mit der Deutsch-Polnischen Historiker-Kommission unter der verantwortlichen Redaktion von RUDI GOGUEL (Hrsg.), Polen, Deutschland und die Oder-Neisse-Grenze, 1959, S. 221-354 (hier S. 224); GRABSKI: The Polish-Soviet Frontier (wie Anm. 65), S. 1.

⁷¹ In seiner Danziger Rede vom 19.9. 1939 sprach Hitler hingegen nicht mehr von einem Restpolen, sondern beschränkte seine Verkündung darauf, dass Polen in „der Gestalt des Versailler Vertrages niemals mehr auferstehen“ werde. Ferner würde eine „endgültige Gestaltung der polnischen Gebiete“ in erster Linie von Deutschland und Russland abhängen.

⁷² Siehe hierzu GERHARD KAISER/ANDRZEJ LESZEK SZCZESNIAK: Katyn. Der Massenmord an polnischen Offizieren, 1991, S. 30 ff.; CZESLAW MADAJCZAK: Das Drama von Katyn, 1991, S. 75 ff.

⁷³ Von vielen Polen wird das Massaker von Katyn als „ein weißer Fleck in ihrer Geschichte“ gesehen.

⁷⁴ VICTOR ZASLAVSKY: Klassensäuberung. Das Massaker von Katyn, 2007, S. 9.

⁷⁵ MARTIN SCHAUBS: Streitfall Katyn. Die Wahrnehmung des Massakers in der sowjetischen, polnischen und westdeutschen Öffentlichkeit 1980-2000, 2008, S. 7; KAISER/SZCZESNIAK, Katyn (wie Anm. 72), S. 100 ff.

Die Taten wurden jedoch in der Folge jahrelang vertuscht oder für Propagandazwecke falsch wiedergegeben. Die Sowjets versuchten, die Schuld an dem Verbrechen der deutschen Wehrmacht in die Schuhe zu schieben, indem sie eine „offizielle Version“ schufen und im Ausland verbreiteten.⁷⁶ Erst nach Michail Gorbatschows Glasnost-Kampagne wurden diese Verbrechen ab dem Jahre 1987 aufgeklärt.⁷⁷ Im April 1990 räumten die Sowjets schließlich offiziell die Schuld an den Morden von Katyn ein.⁷⁸ Während der folgenden Untersuchung wurde etwa russischen und polnischen Historikern ein Teil des Archivmaterials zum Fall Katyn⁷⁹ zur Verfügung gestellt. Im Jahre 1989 wurde das Massaker im Rahmen einer Untersuchung der sowjetischen Militärstaatsanwaltschaft schließlich als versuchter Genozid am polnischen Volk bezeichnet. Die Untersuchung wurde allerdings im Jahre 2004 eingestellt, da sich der Genozid angeblich nicht bestätigt habe.⁸⁰ Problematisch für die Aufarbeitung dieses Verbrechens ist insbesondere, dass die Dokumente, den Fall Katyn betreffend, von der sowjetischen Militärstaatsanwaltschaft als geheim eingestuft wurden. Ein Jahr nach dem Zerfall der Sowjetunion legte Boris Jelzin bei einem Besuch des vom polnischen Staat errichteten Denkmals für die Opfer des Massakers von Katyn mit den Worten „Verzeiht uns, wenn ihr könnt“ einen Kranz nieder.⁸¹ Heute lassen sich in Russlands Geschichtspolitik jedoch wieder revisionistische Tendenzen feststellen.

d) Nationalsozialistische und sowjetische Polenpolitik

Am 28. September 1939 schlossen Deutschland und die Sowjetunion einen Vertrag⁸² miteinander ab, wonach die Umsiedlung von Personen

⁷⁶ ZASLAVSKY: *Klassensäuberung* (wie Anm. 74), S. 69 ff.

⁷⁷ SCHAUBS: *Streitfall Katyn* (wie Anm. 75), S. 46 ff.

⁷⁸ SCHAUBS: *Streitfall Katyn* (wie Anm. 75), S. 63.

⁷⁹ Eine Dokumentensammlung findet sich im Anhang bei MADAJCZAK: *Das Drama von Katyn* (wie Anm. 72), S. 149 ff., darunter etwa die gerichtsmedizinischen Gutachten und das Protokoll der internationalen Ärztekommision.

⁸⁰ ZASLAVSKY: *Klassensäuberung* (wie Anm. 74), S. 9 f.

⁸¹ ZASLAVSKY: *Klassensäuberung* (wie Anm. 74), S. 11.

⁸² *Deutscher Textauszug und Vorgeschichte des Vertrages bei: RÖNNEFARTH/EULER: Konferenzen und Verträge* (wie Anm. 63), Teil II, Bd. 4, S. 184 f.

deutscher bzw. ukrainischer und weißruthenischer Abstammung aus den beiderseitigen Besatzungsgebieten vorgesehen war. Aufgrund der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen im geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt fiel das Wilnaer Gebiet in die sowjetische Einflussosphäre.⁸³ Ferner verpflichteten sich beide Seiten, dass sie eine polnische Agitation nicht dulden würden.⁸⁴ Die vereinbarte deutsch-sowjetische Demarkationslinie zerschnitt Polen in zwei fast gleich große, nach Bevölkerungszahl und Nationalität aber sehr ungleiche, Teile. Ganz Westpolen, Zentralpolen mit Ausnahme der Wojewodschaft Bialystok und die westlichen Teile Südpolens (Wojewodschaft Krakau mit einem westlichen Streifen der Wojewodschaft Lemberg) wurden deutsches Gebiet. Dies war eine Fläche von 188.000 km² mit 20,2 Millionen Einwohnern. Damit wurde auch die Freie Stadt Danzig dem Deutschen Reich angegliedert.⁸⁵ Das von der Sowjetunion annektierte Gebiet war 201.000 km² groß und zählte 11,9 Millionen Einwohner.⁸⁶ Eine neue Situation entstand für Polen, als die Sowjetunion am 22. Juni 1941 von Deutschland überfallen wurde. Damit begannen sich für Polen zum ersten Mal reale Möglichkeiten seiner Befreiung von Nazi-Deutschland abzuzeichnen.⁸⁷ Anfang Juli, etwa zwei Wochen nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges, wurden Verhandlungen über die Wiederaufnahme der polnisch-sowjetischen Beziehungen eingeleitet. Die polnische Exilregierung stellte dabei zwei Bedingungen: die Regierung der Sowjetunion sollte ihren Gebietserwerb aufgrund des deutsch-sowjetischen Abkommens von 1939 für nichtig erklären, die Bildung einer polnischen Armee

⁸³ Die Sowjetunion trat dieses Gebiet dann am 10. Oktober 1939 an Litauen ab.

⁸⁴ Vgl. ENNO MEYER: Deutschland und Polen 1914-1970, 1971, S. 48; JÓZEF GARLIŃSKI: Poland in the Second World War, 1985, S. 26 ff.; GORNIG: Der Hitler-Stalin-Pakt (wie Anm. 63), S. 14 ff.

⁸⁵ Vgl. BÖTTCHER: Die Freie Stadt Danzig (wie Anm. 59), S. 65; BERNHART JÄHNIG /LUDWIG BIEWER: Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte, 2. Aufl., 1991, S. 151 ff.

⁸⁶ BROZAT: Nationalsozialistische Polenpolitik (wie Anm. 67), S. 36 f.

⁸⁷ GOGUEL: Die polnische Frage in den diplomatischen Verhandlungen des Zweiten Weltkriegs (wie Anm. 70), S. 226.

auf sowjetischem Territorium zum gemeinsamen Kampf gegen Deutschland dulden und sie sollte alle polnischen Kriegsgefangenen und Verschleppten freigeben.⁸⁸

Die Sowjetunion wollte sich hingegen nicht auf die Bestimmung der polnischen Grenze festlegen und empfahl, das Gespräch darüber zunächst einmal zu verschieben.

4. Territoriale Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg

a) Die Konferenz in Teheran

Die Regierungschefs der drei Großmächte⁸⁹ kamen zwischen dem 28. November und dem 1. Dezember 1943 in der persischen Hauptstadt zusammen, um über Fragen der militärischen Zusammenarbeit im Kampf gegen Deutschland und über die Regelung von Nachkriegsproblemen zu verhandeln.⁹⁰ Eine feste Tagesordnung gab es nicht, sodass wichtige Themen, wie etwa zur Grenzfrage nur beiläufig am Rande der Tagung besprochen wurden.⁹¹ Winston Churchill hoffte zwar, in Teheran eine

⁸⁸ ANTONY POLONSKY: Die westlichen Alliierten und die „polnische Frage“ 1939-1947, in: Polen unter sowjetischer Besatzung 1939-1945, hrsg. von JACEK ANDRZEJ MEYNARCZYK, 2009, S. 479-522 (hier S. 483 f.); vgl. Documents on Polish-Soviet Relations, Bd. 1, S. 118.

⁸⁹ Den Auftakt zu den alliierten Gipfelkonferenzen bildete zuvor die Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion in Moskau im Oktober 1943. Vgl. BORIS MEISSNER: Die deutschen Ostgebiete auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen der Alliierten, in: Die historische Wirkung der östlichen Regionen des Reiches, hrsg. von HANS ROTHE, 1992, S. 259-297 (hier S. 259).

⁹⁰ Vgl. KAROL GRÜNBERG: Czas Wojny 1939-1945. Wykłady z historii [Die Kriegsgeschichte 1939-1945. Historische Vorträge], 1991, S. 444 f.; KEMPEN: Die deutsch-polnische Grenze nach der Friedensregelung des Zwei-plus-Vier-Vertrages (wie Anm. 60), S. 50; WINSTON CHURCHILL, The Second World War, vol. 5, 1952, S. 230 ff.; WOLFGANG WAGNER, Die Entstehung der Oder-Neisse-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des Zweiten Weltkriegs, 1968, S. 45 ff.; PHILLIP A. BÜHLER: The Oder-Neisse Line. A Reappraisal under International Law, 1990, S. 21; EVA SEEGER, Die Mächte der Antihitlerkoalition und die Auseinandersetzung um Polen und die ČSR, 1984, S. 199.

⁹¹ Vgl. KEMPEN: Die deutsch-polnische Grenze nach der Friedensregelung des Zwei-plus-Vier-Vertrages (wie Anm. 60), S. 50.

Einigung über die künftige Grenzziehung erzielen zu können, stieß jedoch dabei auf Stalins Widerstand, dem schon damals daran gelegen war, ein kommunistisch beherrschtes und von Moskau abhängiges Polen zu etablieren. Einigung konnte darin erzielt werden, dass auf Vorschlag Churchills das Territorium des polnischen Staates⁹², sich zwischen der „Curzon-Linie“ und der Oder, und zwar unter Einschluss Ostpreußens und Oppelns, erstrecken sollte.⁹³ In der Frage der Nachkriegsplanung für Deutschland waren sich alle Verhandlungspartner darin einig, dass ein Wiedererstarken Deutschlands verhindert werden musste.⁹⁴ Als Franklin D. Roosevelt den Vorschlag unterbreitete, Deutschland in fünf Teile zu zerteilen⁹⁵, war Stalin davon angetan. Schließlich einigte man sich darauf, das Problem der Aufteilung Deutschlands der auf der Moskauer Außenministerkonferenz gegründeten europäischen beratenden Kommission zu übertragen.⁹⁶ Die Ergebnisse der Teheran-Konferenz waren weitreichend. Die Konferenz stellte insbesondere eine Bestätigung der Zusammenarbeit der drei Großmächte dar⁹⁷ mit dem gemeinsamen Wunsch der

⁹² Während der vierten Voll Sitzung am 1. Dezember 1943 machte Churchill deutlich, dass das Vereinigte Königreich die Meinung vertritt, dass Polen auf Kosten Deutschlands zu Frieden gestellt werden müsse. Ferner brachte er den Wunsch nach der Existenz eines starken und unabhängigen Polens zum Ausdruck. Stalin erwiderte darauf, dass die Sowjetunion die Grenze zu Polen aus dem Jahre 1939 festlegen wolle. Abgedruckt in: Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. von ALEXANDER FISCHER, ³1968, S. 85.

⁹³ Vgl. KEMPEN: Die deutsch-polnische Grenze nach der Friedensregelung des Zweipius-Vier-Vertrages (wie Anm. 60), S. 52; GRÜNBERG: Czas Wojny (wie Anm. 90), S. 445 ff.; WAGNER: Die Entstehung der Oder-Neisse-Linie (wie Anm. 90), S. 46 ff.; ALEXANDER USCHAKOW: Die Oder-Neisse-Linie/Grenze und der Hitler-Stalin-Pakt, in: Die historische Wirkung der östlichen Regionen des Reiches, hrsg. von HANS ROTHE, 1992, S. 299-329 (hier S. 313); BÜHLER: The Oder-Neisse Line (wie Anm. 90), S. 22.

⁹⁴ Die Konferenzteilnehmer einigten sich darauf, dass alle Fragen, die Deutschland betrafen, zunächst ausgesetzt werden sollten und der Europäischen Beratenden Kommission übergeben werden sollten. Vgl. SEEBER: Die Mächte der Antihitlerkoalition (wie Anm. 89), S. 199.

⁹⁵ Vgl. FISCHER: Teheran, Jalta, Potsdam (wie Anm. 92), S. 86; WILLIAM D. LEAHY: I was there, 1950, S. 249.

⁹⁶ Vgl. KEMPEN: Die deutsch-polnische Grenze nach der Friedensregelung des Zweipius-Vier-Vertrages (wie Anm. 60), S. 54 f.

⁹⁷ Vgl. GRÜNBERG: Czas Wojny (wie Anm. 90), S. 448 f.

größtmöglichen Schwächung Deutschlands, wobei diese sich einig waren, dass dies mit umfangreichen territorialen Veränderungen erreicht werden konnte.⁹⁸

b) Polnisch-sowjetisches Abkommen vom 26./27. Juli 1944

Nachdem die Teheraner Konferenz für Stalin nicht das gewünschte Ergebnis gebracht hatte, strebte er nun an, über eine von ihm kontrollierte polnische Regierung die Lösung der Grenzfrage in seinem Sinne durchzusetzen.⁹⁹ Am 26. und 27. Juli 1944 wurden zwei Abkommen zwischen der Sowjetunion und dem Lubliner Komitee, das aus polnischen Sozialisten und Kommunisten in der UdSSR bestand, geschlossen.¹⁰⁰ Das erste Abkommen vom 26. Juli¹⁰¹ übertrug die Verwaltung polnischer Gebiete westlich des Flusses Bug dem Lubliner Komitee. Das zweite Abkommen vom 27. Juli¹⁰² befasste sich mit den Grenzen Polens im Osten und im Westen. Es bildete mit der ersten Vereinbarung eine Einheit, weil es den territorialen Stand des polnischen Staates fixierte. Das Grenzabkommen bestand aus sechs Artikeln. Die erste Bestimmung legte die polnische Staatsgrenze entlang der Curzon-Linie mit einigen Abweichungen für Polen fest. Ferner wurde Ostpreußen in einen sowjetischen und polnischen Teil aufgeteilt. Danzig sollte an Polen übergehen. Die polnische Vorleistung bestand in der vorbehaltlosen Vereinbarung über die spätere Abtretung polnischer Gebiete östlich der Curzon-Linie an die UdSSR.¹⁰³

c) Die Konferenz von Jalta vom 4. bis 11. Februar 1945

Die Vertreter der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion tagten erneut vom 4. bis zum 11. Februar 1945 in

⁹⁸ Vgl. WAGNER: Die Entstehung der Oder-Neisse-Linie (wie Anm. 90), S. 55.

⁹⁹ Vgl. USCHAKOW: Die Oder-Neisse-Linie (wie Anm. 93), S. 316.

¹⁰⁰ Vgl. VIKTORIA VIERHELLER: Polen und die Deutschland-Frage 1939-1949, 1970, S. 76.

¹⁰¹ Text: Stosunki polsko-radzieckie w latach 1917-1945, Dokumenty i materialy, 1967 [Polnisch-sowj. Beziehungen in den Jahren 1917-45. Dokumente und Material], Nr. 132, S. 390 f.

¹⁰² Text: Stosunki polsko-radzieckie w latach 1917-1945, Dokumenty i materialy, Nr. 135, S. 399 ff.

¹⁰³ Vgl. USCHAKOW: Die Oder-Neisse-Linie (wie Anm. 93), S. 317.

Jalta.¹⁰⁴ Der Text, dem die Konferenz schließlich zustimmte¹⁰⁵, sah vor, dass die östliche Grenze Polens der Curzon-Linie folgen sollte, mit Abweichungen von fünf bis acht Kilometern in gewissen Gebieten zugunsten Polens. Ferner wurde anerkannt, dass Polen einen westlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten müsse. Zum Umfang dieses Gebietszuwachses sollte auf der nächsten Konferenz die Ansicht der neuen polnischen Regierung, die aus Vertretern des Londoner Komitees und der Londoner Exilregierung gebildet werden sollte, eingeholt werden.¹⁰⁶

Das Abkommen wurde von den Polen als Verrat seitens der Alliierten an ihrer Nation verstanden, da während der Konferenz ein Teil des polnischen Territoriums der Sowjetunion zugesprochen wurde.¹⁰⁷ Allerdings hatte die Konferenz für Polen auch eine positive Seite, da bekräftigt wurde, dass Polen als eigenständiger Staat entstehen sollte.¹⁰⁸

d) Kriegsende

Nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945¹⁰⁹ übernahmen die Regierungen der USA, des Vereinigten Königreichs, der UdSSR und die Provisorische Regierung der Französischen Republik die oberste Regierungsgewalt in Deutschland.¹¹⁰ Gemäß dem Londoner Protokoll vom 12. September 1944 wurde Deutschland in seinen Grenzen

¹⁰⁴ Zur Konferenz, vgl. BORIS MEISSNER: Jalta und die Teilung Europas, in: Die Überwindung der europäischen Teilung und die deutsche Frage, DIETER BLUMENWITZ/BORIS MEISSNER, 1986, S. 13-32.

¹⁰⁵ Text: Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. Conferences of Malta and Yalta, 1955, S. 905.

¹⁰⁶ USCHAKOW: Die Oder-Neisse-Linie (wie Anm. 93), S. 318.

¹⁰⁷ Die Grenzen Polens im Norden bestimmten den Zugewinn an deutschem Gebiet für die Sowjetunion. Insbesondere gingen die Konferenzteilnehmer davon aus, dass Polen nicht das Königsberger Gebiet zugesprochen bekommen sollte.

¹⁰⁸ Vgl. ZBIGNIEW JERZY HIRSZ: Historia Polityczna Polski [Politische Geschichte Polens], 1939-1993, 1996, S. 138.

¹⁰⁹ Text: Dokumente des geteilten Deutschlands, hrsg. von INGO VON MÜNCH 21976, S. 18 f.; vgl. auch: ROLF-DIETER MÜLLER: Der Zweite Weltkrieg. 1939-1945, 102004, S. 374.

¹¹⁰ Vgl. OTTO WIESHEU: Der Einfluss der Ostverträge auf die völkerrechtliche Position der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Deutschland- und Ostpolitik (unter besonderer Berücksichtigung der Gebiets- und Grenzregelungen), 1978, S. 2.

vom 31. Dezember 1937 besetzt. Alle territorialen Veränderungen nach diesem Datum behandelten die Alliierten als nichtig oder nicht mehr gültig.¹¹¹ Bereits im März 1945 wurde das Staatsgebiet der Freien Stadt Danzig von sowjetischen Streitkräften besetzt. Die Sowjetunion übergab anschließend das Gebiet der Freien Stadt Danzig entsprechend der sowjetisch-polnischen Vereinbarungen an die polnische Verwaltung.¹¹² Am 30. März 1945 wurde die Freie Stadt als Wojewodschaft Danzig in die Verwaltung des polnischen Staates eingegliedert.¹¹³

e) Die Konferenz in Potsdam vom 17. Juli bis zum 2. August 1945

Die Konferenz in Potsdam begann wiederum mit den Vertretern der drei Großmächte am 17. Juli 1945. Am 1. August wurden die Resultate der Konferenz in Form eines Protokolls¹¹⁴ zusammengefasst, dessen Kurzfassung in einem Kommuniqué¹¹⁵ bekannt gegeben wurde.¹¹⁶ Einige Wochen später erklärte auch Frankreich seinen Beitritt zum Potsdamer Abkommen.¹¹⁷ Das Abkommen knüpfte zunächst an die Übereinkünfte im Jalta-Abkommen über die Grenzen Polens an. Die Regierungschefs kamen überein, dass die Festlegung der westlichen Grenze Polens erfolgen

¹¹¹ Vgl. JOCHEN ABR. FROWEIN: Die Deutschlandfrage nach 1945. Rechtliche Rahmenbedingungen der deutsch-polnischen Beziehungen, in: Die lange Nachkriegszeit. Deutschland und Polen von 1945 bis 1991, hrsg. von ANDREAS REICH/NORBERT MAIER, 1995, S. 159-168 (hier S. 160).

¹¹² Vgl. BÖTTCHER: Die Freie Stadt Danzig (wie Anm. 59), S. 152 f.; GILBERT GORNIG: Das Schicksal Danzigs vor und nach dem Versailler Friedensvertrag. Auch ein Beitrag zu den Gebietsverlusten in Westpreußen, in: Der Erste Weltkrieg und seine Folgen für das Zusammenleben der Völker in Mittel- und Ostmitteleuropa, hrsg. von GILBERT GORNIG/ADRIANNA A. MICHEL, Teil 1. Staats- und völkerrechtliche Abhandlungen der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht, Band 32, 2017, S. 113 ff. (hier S. 129 ff.).

¹¹³ Vgl. BÖTTCHER: Die Freie Stadt Danzig (wie Anm. 59), S. 153; GORNIG: Das Schicksal Danzigs vor und nach dem Versailler Friedensvertrag (wie Anm. 112), S. 130 ff.

¹¹⁴ Text: Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, vol. II, 1960, Nr. 1383, S. 1478 ff.

¹¹⁵ Text: Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, vol. II, 1960, Nr. 1384, S. 1499 ff.

¹¹⁶ Vgl. GRÜNBERG: Czas Wojny (wie Anm. 90), S. 614.

¹¹⁷ Vgl. ALFONS KLAFKOWSKI, Die deutsch-polnische Grenze nach dem II. Weltkrieg, 1970, S. 13 f.

sollte. Bis zur endgültigen Festlegung der westlichen Grenze Polens sollten die ehemaligen deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, samt dem Gebiet der früheren Freien Stadt Danzig, unter polnische Verwaltung gestellt werden.¹¹⁸ Das nördliche Ostpreußen wurde unter sowjetische Verwaltung gestellt, sodass nach dem Wortlaut des Potsdamer Abkommens diese beiden Verwaltungsgebiete als Vorstufe für Gebietsveränderungen gedacht waren.¹¹⁹ Die Verpflichtung zur Überführung der deutschen Bevölkerung aus dem Gebiet des polnischen Staates wurde im Abschnitt XIII des Vertrages geregelt. Der Alliierte Kontrollrat billigte am 20. November 1945 einen zentralen Aussiedlungsplan. Danach sollten 3,5 Millionen Deutsche aus Polen in die sowjetische und britische Zone überführt werden. Die konkreten Maßnahmen zu dieser „Überführung“ wurden in bilateralen Verträgen zwischen polnischen und britischen sowie zwischen polnischen und sowjetischen Vertretern festgelegt.¹²⁰

Wenige Tage nach Abschluss des Potsdamer Abkommens am 16. August 1945 schlossen die UdSSR und Polen den „Vertrag über die polnisch-sowjetische Grenze“.¹²¹

Der Vertrag trat bereits am 5. Februar 1946 in Kraft.¹²² Nach Art. 1 sollte die Staatsgrenze zwischen den Vertragspartnern an der Curzon-Linie verlaufen. Art. 3¹²³ betraf die sowjetisch-polnische Grenze in Ostpreußen. Durch das Dekret des Präsidiums der Obersten Sowjets vom

¹¹⁸ Vgl. KRZYSZTOF SKUBISZEWSKI: *Zachodnia granica Polski w świetle traktatów* [Die Westgrenze Polens im Lichte der Verträge], 1975, S. 48 f.; GRÜNBERG: *Czas Wojny* (wie Anm. 90), S. 625 f.

¹¹⁹ Vgl. dazu GILBERT GORNIG: *Das nördliche Ostpreußen*, 21996, S. 121 ff.; FROWEIN: *Die Deutschlandfrage nach 1945* (wie Anm. 111), S. 161.

¹²⁰ Vgl. EVA SEEBER: *Von Teheran über Jalta und Potsdam zum Vertrag von Görlitz. Zur Genese der veränderten Grenzen Polens*, in: *Verband für Internationale Politik und Völkerrecht* (Hrsg.), *50 Jahre Görlitzer Abkommen. Erfahrungen deutsch-polnischer Zusammenarbeit*, 22001, S. 13-28 (25).

¹²¹ Text: *Dziennik ustaw* (Gesetzblatt der Republik Polen), Nr. 35, 1947, S. 557 ff.

¹²² Vgl. USCHAKOW: *Die Oder-Neiße-Linie* (wie Anm. 93), S. 319.

¹²³ In Art. 3 heißt es: „Vorbehaltlich der endgültigen Regelung der Gebietsfragen beim Friedensschluss wird derjenige Teil der sowjetisch-polnischen Staatsgrenze, der die Ostsee berührt, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Berliner Konferenz entlang einer Linie verlaufen, die von einem an der Ostküste der Danziger Bucht gelegenen

7. April 1946¹²⁴ wurde Nordostpreußen in das Staatsgebiet der UdSSR eingegliedert.

5. Der Beginn der Stalinisierung 1948

Polen erreichte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht die Stellung eines unabhängigen Staates, sondern fand sich im Hegemonialbereich der Sowjetunion wieder. Für die Sowjetunion waren vor allem zwei Motive für die Einbindung Polens maßgeblich. Zum einen ging es ihr angesichts der zunehmenden Ost-West-Konfrontation darum, für die Zukunft einen Krieg auf eigenem Territorium auszuschließen. Dieses Ziel suchte sie durch die Bildung von osteuropäischen Satellitenstaaten zu erreichen. Zum anderen hing von Polens Unterordnung unter die Sowjetunion deren Fähigkeit ab, in Deutschland militärisch präsent zu sein, um auf diese Weise ihren Status als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges zu dokumentieren.¹²⁵

In Polen wie in ganz Osteuropa wurden in den Jahren 1948/1949 die sogenannten „Volksdemokratien“ gegründet sowie die gesamte Industrie und das Bankensystem verstaatlicht. Darüber hinaus wurde die Landwirtschaft zwangsweise kollektiviert.¹²⁶ In der Folgezeit gewannen die Kommunisten immer mehr an Macht in Polen. Charakteristisch für den Stalinismus waren ferner die Ausweitung des Staatseigentums, die direkte Planung, die drastische Organisation des Marktes und der Produktionsmittel sowie die Absenkung der Löhne, wobei ein Ausgleich in Naturalien erfolgen sollte.¹²⁷

Punkt, der auf der beigegeführten Karte eingezeichnet ist, ostwärts nördlich von Braunschweig-Goldap zu dem Punkt führt, an dem diese Linie die in Art. 2 dieses Vertrages beschriebene Grenzlinie erreicht“. Vgl. Dziennik ustaw, Nr. 35, 1947.

¹²⁴ Text: EBERHARD BECKHERRN/ALEXEJ DUBATOW: Die Königsberg-Papiere. Schicksal einer deutschen Stadt. Neue Dokumente aus russischen Archiven, 1994, S. 94 ff.

¹²⁵ MICHAEL LUDWIG: Polen und die deutsche Frage. Mit einer Dokumentation zum deutsch-polnischen Vertrag vom 17. Juni 1991, 21991, S. 6.

¹²⁶ Vgl. WOLFGANG WEBER: Solidarność 1980-1981 und Perspektive der politischen Revolution, 1987, S. 15.

¹²⁷ Vgl. ANDRZEJ WERBLAN: Stalinizm w Polsce [Stalinismus in Polen], 1991, S. 24.

a) Die Verfassung der Volksrepublik Polen von 1952

Am 22. Februar 1952 wurde im Parlament die Verfassung der Volksrepublik Polen¹²⁸ verabschiedet.¹²⁹ Laut Verfassung galt der Sejm als wichtigstes Organ innerhalb der Volksrepublik.¹³⁰ Problematisch war, dass sich in der Verfassung der Stalinismus widerspiegelte. Dies kam darin zum Ausdruck, dass die Führungsmacht in Wirklichkeit nicht beim Sejm, sondern bei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei¹³¹ lag.¹³² Sämtliche wichtigen Ämter innerhalb des Regierungsgefüges wurden von Parteimitgliedern besetzt.¹³³ Eine wichtige Festschreibung war ferner, dass die Verfassung eine Unterwerfung gegenüber der Sowjetunion vorsah. Auf diese Weise eröffnete das Vertragswerk¹³⁴ auch auf rechtlicher Basis die Möglichkeit, dass *de facto* sämtliche Entscheidungen von der Sowjetunion getroffen werden konnten und in der Volksrepublik mittels der Arbeiterpartei umgesetzt wurden. Schließlich wurde Polen durch die Verfassung in „Volksrepublik Polen“ (Polska Rzeczpospolita Ludowa, PRL) umbenannt.¹³⁵ In enger Abstimmung mit Moskau wurde nun ein totalitäres politisches System errichtet, in dem ein umfangreicher Polizei- und Geheimdienstapparat das gesamte Leben der Nation kontrollierte.¹³⁶

¹²⁸ Text: Dziennik Ustaw Polskiej Rzeczpospolitej Ludowej [Gesetzblatt der Volksrepublik Polen], Jahr 1952, Nr. 33, S. 232-372.

¹²⁹ Vgl. WŁODZIMIERZ BONUSIAK: Historia Polski [Geschichte Polens] (1944-1989), 2007, S. 70.

¹³⁰ Vgl. WOJCIECH ROSZKOWSKI: Najnowsza historia Polski [Die neueste Geschichte Polens]. 1914-1945, 2003, S. 228.

¹³¹ Mit der Gründung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, die vom 15. bis zum 21. Dezember 1948 erfolgte, kam die Stalinisierung Polens zu ihrem Abschluss.

¹³² Vgl. BONUSIAK: Historia Polski (wie Anm. 129), S. 70; siehe auch Art. 2 der Verfassung vom 23.7.1952.

¹³³ Vgl. HIRSZ: Historia Polityczna Polski (wie Anm. 108), S. 150.

¹³⁴ Mit kleinen Veränderungen blieb die Verfassung bis zum Jahr 1989 in Kraft.

¹³⁵ Vgl. Art. 1 Verfassung vom 23.7.1952; WŁODZIMIERZ BORODZIEJ: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, 2010, S. 278; BONUSIAK: Historia Polski (wie Anm. 129), S. 70.

¹³⁶ Vgl. GERHARD DOLIESEN: Polen unter kommunistischer Diktatur 1944-1956. Mit Vergleichen zur DDR, 2010, S. 41.

b) Der Weg zur Dritten Polnischen Republik: Unabhängigkeit von der UdSSR

aa) Das Jahrzehnt der Solidarność

Die Regierung Polens hatte das Land schließlich in eine Wirtschaftskatastrophe geführt. Die kommunistische Partei konnte die Hoffnungen der Arbeiter nicht erfüllen und erwies sich als unfähig, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Die Streikwelle, die im Sommer 1980 ausbrach, war ein Ereignis, das nach Ansicht vieler Historiker und Politologen zum Zerfall des sozialistischen Systems in Mittel-Osteuropa führte. Die Regierung war gegenüber der neu gegründeten freien Gewerkschaft, die mit dem Namen „Solidarność“ benannt wurde, machtlos. Das Programm der Solidarność bestimmte die Gewerkschaft als Vertretung der Arbeiter, deren Rechte und Interessen verteidigt werden sollten, ohne sich dabei aber der Verantwortung für die Nation und den Staat zu entziehen. Gleichzeitig enthielt das Programm die Grundsätze der Gerechtigkeit und der Gleichheit. Ebenso wurde der Freundschaft und der Bruderschaftsidee ein hoher Stellenwert beigemessen. Ziele waren daher neben dem Kampf für die Rechte der Arbeiter die Etablierung der Demokratie mit sämtlichen Grundfreiheiten, die Gewährleistung eines sozialen Standards und die Befriedigung der Bedürfnisse der Bürger.

bb) Die Verhandlungen am Runden Tisch

Die erste Sitzung im Rahmen der Verhandlungen am Runden Tisch fand im heutigen Präsidialpalast am 6. Februar 1989 statt. An den Verhandlungen nahmen Vertreter der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Solidarność, der Kirche und anderer gesellschaftlicher Gruppen teil. Nach der Abschlusssitzung am 5. April 1989 musste der Sejm sich mit den Vorschlägen des Runden Tisches auseinandersetzen. Die Verabschiedung eines Gesetzes über Vereinigungen und eines Gesetzes über Gewerkschaften bedeuteten im Grunde die Legalisierung der Gewerkschaft Solidarność, die *de iure* am 17. April 1989 erfolgte.

cc) Wahlen im Juni 1989

Die Wahlen zum Sejm und zum neu zu bildenden Senat wurden für den 4. und 18. Juni 1989 ausgeschrieben. Die Opposition, die von der Solidarność angeführt wurde, setzte folgende Punkte auf ihr Programm: die Verfassung, die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden, die Forderung nach Menschen- und Bürgerrechten, den ungehinderten Zugang zu Informationen und ihren freien Austausch sowie die Verkürzung des Wehrdienstes. Bei den Wahlen errang die Solidarność einen bedeutenden Sieg. Von den 100 Sitzen im Sejm erzielte sie 92, acht Mandate konnten nach dem ersten Wahlgang noch nicht vergeben werden. Die restlichen Koalitionsparteien konnten schließlich nur drei Mandate auf Anhieb gewinnen. Bei den Wahlen zum Senat war das Ergebnis für die Arbeiterpartei ebenfalls niederschmetternd. Am 5. Juli traten der erste Senat – zum ersten Mal seit 50 Jahren – und der erste Sejm zu ihren konstituierenden Sitzungen zusammen.

dd) Änderungen im System Polens

Nachdem der Sejm die Arbeiten am Gesetzespaket für die Landwirtschaft beendet hatte, novellierte er am 29. Dezember 1989 die Verfassung. In diesem Zuge wurde der frühere Staatsname Rzeczpospolita Polska (Republik Polen) wiedereingeführt und die Republik als demokratischer Rechtsstaat definiert. Ferner wurden aus der Verfassung die Bestimmungen, die eine Allianz mit der Sowjetunion und den sowjetischen Staaten sowie die Führungsrolle der kommunistischen Partei beschrieben, gestrichen. Auf diese Weise bildete Polen einen souveränen von der Sowjetunion unabhängigen Staat.

6. Der Flugzeugabsturz bei Smolensk

Am 10. April 2010 kamen 96 Polen im Wald von Smolensk, gleich neben der Landebahn des Flughafens, ums Leben. Mit an Bord: Präsident Lech Kaczyński¹³⁷, seine Ehefrau, Mitglieder der Regierung und der militäri-

¹³⁷ Lech Kaczyński war seit 2005 polnischer Präsident.

schen Führung. Der Anlass des Fluges war hochpolitisch, da Polens Führung nach Russland reiste, um der Opfer des Massenmords von Katyn zu gedenken.¹³⁸ In Polen ranken sich seither viele Verschwörungstheorien um das Unglück. Jaroslaw Kaczyński, der Zwillingsbruder des verunglückten Präsidenten und Vorsitzender der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (polnisch: Prawo i Sprawiedliwość, PiS), jedoch ist davon überzeugt, dass die Insassen des Flugzeuges einem Anschlag zum Opfer gefallen sind. Immer wieder deutet er an, dass der russische Geheimdienst mit Wissen der polnischen Regierung seines Erzrivalen Donald Tusk die Fäden gezogen haben könnte. Das Versagen der Smolensk-Ermittler gibt Jaroslaw Kaczyński immer wieder Auftrieb. Seine Partei PiS hat eine eigene Untersuchungskommission gebildet. Wie kaum anders zu erwarten, stützt deren Material die Anschlagsthese und liefert Verschwörungstheoretikern Munition.¹³⁹

Im März des Jahres 2015 machte die Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* eine Umfrage, in welcher nach der Meinung der Polen zur Ursache des Flugzeugabsturzes gefragt wurde. Die meisten Polen glauben, dass die Piloten und das schlechte Wetter schuld waren. Doch immerhin 22 Prozent der Befragten sind überzeugt, dass Kaczyński und seine Entourage ermordet wurden. Einer, der solche Theorien anheizt, ist der deutsche Journalist Jürgen Roth. Sein neues Buch „Verschlussakte S.“ wird in Polen in allen wichtigen Medien besprochen. Roth behauptet darin, der russische Geheimdienst habe einen Anschlag auf die Regierungsmaschine verübt.¹⁴⁰

Verantwortlich für die wachsende Skepsis in der polnischen Bevölkerung ist eine Pannenserie bei den Smolensk-Ermittlungen. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zur Absturzursache sind noch nicht abgeschlossen. Tatsächlich ist kaum von der Hand zu weisen, dass die russischen Ermittler im Fall Smolensk ebenfalls zahlreiche Fehler gemacht

¹³⁸ Siehe hierzu <http://www.sueddeutsche.de/politik/polen-mein-bruder-der-maertyrer-1.2429461> (zuletzt abgerufen am 10.10.2015).

¹³⁹ ULRICH KRÖKEL: Verschwörungstheorien zu Smolensk: Falsche Leichen und der TNT-Test mit Würsten, in: SPIEGEL ONLINE vom 13.12.2012 (zuletzt abgerufen am 10.10.2015).

¹⁴⁰ NADIA PANTEL: Mein Bruder, der Märtyrer, in: Süddeutsche Zeitung Online vom 10.4.201, abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/polen-mein-bruder-der-maertyrer-1.2429461> (zuletzt abgerufen am 10.10.2015).

haben. So mangelte es in dem Abschlussbericht, den die russische Untersuchungskommission im Januar 2011 einseitig präsentierte, an jeglicher Selbstkritik. Keine Rede war davon, dass der zumeist ungenutzte Militärflughafen in Smolensk für eine Landung bei dichtem Nebel nicht geeignet war und nach den Vorschriften hätte geschlossen werden müssen.¹⁴¹

Bis heute konnte die Attentatsthese nicht bestätigt werden. Stattdessen hat auf einer Pressekonferenz am 27. März 2015 die Militärstaatsanwaltschaft in Warschau einen 200 Seiten langen Expertenbericht vorgestellt, in dem die Hauptschuld am Unglück der Besetzung des Flugzeugs und den russischen Fluglotsen in Smolensk zugewiesen wird. Die Piloten, so sagte ein Vertreter der Staatsanwaltschaft auf der Pressekonferenz, seien während des Landeanflugs bei Nebel tiefer geflogen als erlaubt. Der Flughafen Smolensk war nicht mit elektronischen Leitvorrichtungen ausgestattet, die eine Landung bei schlechter Sicht erlaubt hätten.¹⁴²

III. Die polnisch-russischen Beziehungen heute

1. Polens EU-Beitritt

Ungeachtet des jeweiligen Kurses steht fest, dass Polen zu den außenpolitischen Schlüsselakteuren in Europa gehört. Seit der EU-Mitgliedschaft im Jahre 2004 hat es nachdrücklich einen außenpolitischen Mitführungs- und Gestaltungsanspruch für den Kontinent und im transatlantischen Verbund angemeldet.

Die „Rückkehr nach Europa“, also die Herauslösung aus dem sowjetischen oder postsowjetischen Herrschaftsbereich und die Eingliederung in die politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Westens, war das Leitmotiv der außenpolitischen Neuorientierung Polens nach der großen Wende des Jahres 1989. Das entschlossene Auftreten bei der Reform der EU-Institutionen, aber auch die unmissverständlichen Positionen in der

¹⁴¹ PANTEL: Mein Bruder, der Märtyrer (wie Anm. 140).

¹⁴² KONRAD SCHULLER: Attentatsthese nicht bestätigt, in: FAZ online vom 27.3.2015, abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/absturz-in-smolensk-attentatsthese-nicht-bestaetigt-13509532.html>.

Russlandpolitik oder die sicherheitspolitische Anlehnung an die USA brachten Polen bald das Image eines sperrigen Partners ein. Dieses verdichtete sich während der Regierungszeit der PiS, als Polen seine Europapolitik aus einer Position des Misstrauens gegenüber wichtigen Partnern wie Deutschland, aber auch gegenüber Brüssel führte. Der Regierungswechsel vom Herbst 2007 brachte spürbare Änderungen. Die Regierung von Donald Tusk stellte einen proeuropäischen Schwenk in Aussicht. Und tatsächlich betreibt Polen seither eine Europapolitik, die auf der Revitalisierung der Beziehungen zu Berlin und Paris und dem Ausbau guter Kooperationsbeziehungen mit kleineren Mitgliedstaaten, etwa aus Ostmitteleuropa und speziell mit den Ländern der „Visegrád-Gruppe“, also mit der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn, beruht.

Seit seinem EU-Beitritt profilierte sich Polen als Fürsprecher der Ukraine. Polen trat und tritt dafür ein, der Ukraine – wie auch anderen Staaten aus Osteuropa oder dem Südkaukasus – die Türen zum europäischen Integrationsverbund und zum Nordatlantikpakt offen zu halten. Polen gehört auf diese Weise zu den erweiterungsfreundlichsten Ländern in der EU.

Polens Mitgliedschaft in der Europäischen Union erwies sich zunächst als zusätzliches Problem in den polnisch-russischen Beziehungen, denn Polen drängte auf eine gemeinsame und konsequente Russlandpolitik. Überdies „europäisierte“ Polen teils auch seine bilateralen Probleme mit Russland. Nachdem Moskau ein Embargo gegen Fleischimporte aus Polen verhängt hatte, blockierte Polen im November 2006 die Aufnahme von Verhandlungen der EU über ein neues Grundlagenabkommen mit Russland. Russland war aufgrund dessen lange daran interessiert, Polen in der EU zu isolieren. Eine Wende in der polnischen Haltung gegenüber Russland trat im Jahre 2007 mit der neuen Regierung Tusk ein. Auch scheint Moskau angesichts des wachsenden Gewichts Polens in der EU nun an einem konstruktiven Dialog gelegen.

2. Gegensätzliche Interessen: Belarus und Ukraine

Ein Hindernis für die Überwindung der polnisch-russischen Streitigkeiten stellen die gegensätzlichen Interessen beider Staaten gegenüber Belarus und der Ukraine dar. Polens Ziel ist, dass diese Staaten souverän und demokratisch sind und in die Europäische Union und die NATO integriert werden. Russland betrachtet diese Länder dagegen weiterhin als seine Interessenssphäre, strebt an, sie fest an sich zu binden, und initiierte hierzu einen Prozess der Reintegration vormals sowjetischer Gebiete, was besonders in den 1990er Jahren in Warschau Unruhe auslöste, da es diesen Vorgang als Bedrohung seiner Sicherheit ansah.

Russland betrachtete von Anfang an das polnische Engagement in diesen Ländern mit Misstrauen, denn in den Augen russischer Politiker sind die Polen Konkurrenten im Kampf um Einfluss in Belarus und in der Ukraine. Das beste Beispiel waren die Vermittlungsbemühungen Polens in der Ukraine während der Orangen Revolution Ende 2004, die sich negativ auf die polnisch-russischen Beziehungen auswirkten. Die Beziehungen zur Ukraine werden von der offiziellen polnischen Außenpolitik als „strategische Partnerschaft“ verstanden, die Unabhängigkeit der Ukraine wird daher als „eines der fundamentalen Elemente einer günstigen Ordnung in unserer Region“ angesehen.¹⁴³ Diese Intention ruft allerdings ein Spannungsverhältnis mit Russland hervor, das versucht, auf dem Territorium der Ex-Sowjetunion bzw. der GUS seine Position zu festigen oder gar auszubauen.

3. Sicherheitspolitik: NATO

a) Polens NATO-Mitgliedschaft

Auf dem NATO-Gipfel in Madrid 1997 wurden den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes Polen, Tschechien und Ungarn erstmals Beitrittsverhandlungen angeboten, später auch weiteren osteuropäischen Staaten. Am 12. März 1999 traten schließlich Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei. Auf der Internationalen Sicherheitskonferenz im

¹⁴³ KAI-OLAF LANG: Polens Beziehungen zu Rußland. Zwischen Argwohn und Zusammenarbeit, 2000, S. 11.

Februar 2007 bezeichnete Wladimir Putin die Erweiterungsabsichten der NATO als ernste „Provokation“. Als im April 2008 auf der NATO-Gipfelkonferenz in Bukarest diskutiert wurde, der Ukraine und Georgien einen Plan zur Aufnahme in die NATO anzubieten, erklärte er: „Wir betrachten die Ankunft eines Militärblocks (an unseren Grenzen), dessen Verpflichtungen zur Mitgliedschaft Artikel 5 einschließt¹⁴⁴, als eine direkte Bedrohung der Sicherheit unseres Landes“.

Entgegen der ursprünglichen Ankündigung Russlands hat die polnische NATO-Mitgliedschaft zu keiner offensichtlichen Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen geführt. Jedoch gibt es im polnisch-russischen Verhältnis zahlreiche sicherheitspolitische Reizthemen. In der NATO gab es etwa Überlegungen, die gegen potenzielle Angriffe aus dem Nahen Osten geplante Raketenabwehr auch gegen Russland auszurichten. In den Vorbereitungen des NATO-Gipfeltreffens Ende August 2014 hatten die vier Länder gefordert, eine entsprechende Formulierung zu beschließen; sie fühlen sich durch die russische Intervention in der Ukraine bedroht. Die Mehrheit, allen voran Deutschland, sprach sich jedoch dagegen aus, weil man Moskau nicht ohne Not provozieren solle.¹⁴⁵

Die Eingliederung in die NATO bietet für Polen die Gewähr, nicht in russische Einflusszonen hineingezogen zu werden, in den Genuss der Sicherheitsgarantien der Bündnispartner zu kommen und dadurch auch unter den militärischen und nuklearen Schutzschirm der USA zu gelangen.

b) Kaliningrad als Streitpunkt

Die Oblast Kaliningrad ist als russische Exklave räumlich durch litauisches sowie polnisches und darüber hinaus weißrussisches bzw. lettisches Territorium vom übrigen Russland getrennt. Seit dem EU-Beitritt Litauens ist Kaliningrad zu einer russischen Exklave in der EU geworden. Die wichtigste Landverbindung zum russischen Kernland verläuft durch Litauen und Belarus. Das Gebiet spielt für Russland eine wichtige

¹⁴⁴ Art. 5 des NATO-Vertrages beinhaltet die Beistandsverpflichtung seiner Mitglieder.

¹⁴⁵ Siehe hierzu die Berichterstattung auf Spiegel Online vom 24.8.2014, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/nato-debattiert-ueber-raketenabwehr-gegen-russland-a-987739.html>.

Rolle als Sitz der Baltischen Flotte. Darüber hinaus unterhält die russische Armee in Kaliningrad diverse Liegenschaften. Die Präsenz bedeutender russischer Truppenkontingente wird in Polen mit Sorge betrachtet und als Sicherheitsproblem gewertet.

Misstrauen hat in Polen die mehrmals erhobene russische Forderung nach einem „Transportkorridor“, der Belarus und Kaliningrad verbinden sollte, hervorgerufen. Das Problem der Durchfahrtsregelung für polnische Schiffe durch den russischen Teil der Meerenge von Baltijsk belastet seit Jahrzehnten das Verhältnis, da Russland polnischen Schiffen eine Durchfahrt verweigert.

Die polnischen Ängste um eine Bedrohung durch Russland unmittelbar an ihrer Grenze wuchsen, als Ende 2013 bekannt wurde, dass Russland zehn sog. Iskander-Raketensysteme in seiner Exklave Kaliningrad an der Grenze zur EU stationiert hat.¹⁴⁶

c) Ausgestaltung der Pufferzone

Immer wieder kommt es wegen der zwischen Polen und Russland gelegenen Staaten zu Spannungen in den polnisch-russischen Beziehungen. Polen möchte die Unabhängigkeit dieser Staaten, darunter die baltischen Staaten, sichern. Russland hingegen ist daran interessiert, seinen Einfluss in der Zone zwischen Ostmitteleuropa und Russlands Westen zu restaurieren, zumindest zu stärken.

Bereits im Vorfeld seines EU-Beitritts 2004 versuchte Polen in Anlehnung an die von Finnland 1997 ins Leben gerufene nördliche Dimension eine östliche Dimension der EU zu begründen. Hintergrund dieser Politik war die polnische Vorstellung, dass die Sicherheit Polens gegenüber Russland nur durch die Souveränität der Ukraine und damit deren West- und EU-Integration möglich ist. War es Polen bisher nicht gelungen, eine solche neue Ostpolitik der EU zu initiieren, so gelang dies in Kooperation mit dem schwedischen Außenminister Carl Bildt Ende 2008 – auch als Reaktion auf den russisch-georgischen Krieg im Sommer 2008. Der russische Außenminister Sergej Lawrow verurteilte mehrfach direkt die Gründung der Östlichen Partnerschaft ohne Beteiligung Russlands und

¹⁴⁶ Siehe hierzu die Meldungen, unter http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1505307/Russische-Raketen-in-Kaliningrad_Europa-beunruhigt.

setzte diese mit der Etablierung einer Einflusszone der EU im östlichen Europa gleich.

d) US-Pläne zu einem Raketenschild in Osteuropa

Das Problem der Beziehungen zu Russland bindet die Polen weiterhin eng an die US-Amerikaner.¹⁴⁷ Diese Bindung zeigte sich auch beim geplanten Raketenschirm der USA in Europa, als Polen neben Tschechien als ein Standstützpunkt für zehn Raketen im Gespräch war. Am 17. September 2009 kündigte US-Präsident Barack Obama an, vorläufig auf die Stützpunkte in Polen und Tschechien zu verzichten, da eine von ihm in Auftrag gegebene Bedrohungsanalyse zu dem Ergebnis kam, dass die Gefahr im Falle Irans nicht so sehr von Langstreckenwaffen ausgehe, sondern eher von Mittel- und Kurzstreckenraketen.¹⁴⁸

4. Gegenwärtiger Zustand der polnisch-russischen Beziehungen

Der Zustand der polnisch-russischen Beziehungen ist gegenwärtig alles andere als gut. Aus Warschauer Sicht trägt Russland dafür die größte Verantwortung, da es einfach nicht daran interessiert ist, seine Beziehungen zu Warschau völlig zu normalisieren, sondern sich bemühe, Polen zu diskreditieren und seine Rolle in Europa zu schmälern. Das lässt viele polnische Beobachter die Feststellung treffen, dass ohne eine Veränderung des politischen Systems in Russland eine grundsätzliche Verbesserung des Verhältnisses zwischen Warschau und Moskau nicht möglich sei.

Des Weiteren gibt es politische Kontroversen in der Energiepolitik. Polen sieht sich in einer Situation energiepolitischer Abhängigkeit von Russland und ist daher bemüht, vor allem bei der Gasversorgung eine Diversifizierungspolitik weg von russischen Einfuhren zu betreiben. Im Fall der „Nord-Stream-Pipeline“ durch die Ostsee, die russische Gasvor-

¹⁴⁷ JERZY HOLZER: Polen und Europa. Land, Geschichte, Identität, 2007, 107 f.

¹⁴⁸ Vgl. <http://www.welt.de/politik/ausland/article4558377/Polen-hoffen-auf-Amerika-trotz-aller-Verbitterung.html> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

kommen direkt mit Deutschland verbinden soll, besteht die Befürchtung, dass Polens Bedeutung als Transitraum für russisches Erdgas sinkt und somit die energiepolitische Asymmetrie zunimmt.

Als Russlands Präsident Wladimir Putin sich im Rahmen der Gedenkfeier zum 70. Jahrestag der Opfer von Katyn am 7. April 2010 vor den polnischen Opfern des sowjetischen Terrorregimes verneigte, berichteten die Medien von dieser „historischen Geste über den Massengräbern“ als ein Beginn der Annäherung zwischen Russland und Polen.¹⁴⁹ Allerdings wird etwa mit dem Flugzeugabsturz von Smolensk deutlich, dass die skeptische Grundeinstellung vieler Polen gegenüber Russland weiterhin besteht.

Die Beziehungen zwischen Moskau und Warschau sind wegen des Ukraine-Konflikts ohnehin angespannt. Polen gehört nämlich zu den Ländern, die Russland die Bewaffnung der prorussischen Separatisten in der Ostukraine vorwerfen.

Ende September 2015 kam es sogar zu einem „diplomatischen Eklat“ zwischen beiden Staaten. Mit der Behauptung, Polen habe eine Mitschuld am Beginn des Zweiten Weltkriegs, hat nämlich der russische Botschafter Sergej Andrejew in Warschau heftige Empörung ausgelöst. Polen habe damals die Bildung einer Koalition gegen die Nationalsozialisten blockiert, sagte der Botschafter in einem Interview mit dem polnischen Fernsehsender TVN24. Der Diplomat machte Polen daher teilweise verantwortlich für die Katastrophe im September 1939, insbesondere auch für den Einmarsch der Roten Armee. Die polnisch-russischen Beziehungen seien auf dem „schlechtesten Stand seit 1945“, kritisierte Andrejew weiter und warf Warschau vor, die Kontakte zu Moskau einzufrieren. Die polnische Regierung reagierte erbost auf die Äußerungen des ranghöchsten russischen Diplomaten in Polen. Das Außenministerium protestierte entschieden gegen die Äußerungen des Botschafters, da diese die historische Wahrheit verdrehten und dadurch die russisch-polnischen Beziehungen schwer beschädigen würden. Zudem würden sie „einen

¹⁴⁹ Vgl. hierzu: Spiegel Online vom 7.4.2010.

Mangel an Respekt vor den Opfern der Kriegsverbrechen“ der Sowjets aufzeigen, so das polnische Außenministerium.¹⁵⁰

Bereits in der Vergangenheit war es zu ähnlichen Zerwürfnissen gekommen. Als Beispiel sei genannt, dass das russische Außenministerium im Jahre 1999 die Tatsache in Zweifel zog, dass es am 17. September 1939 überhaupt eine sowjetische Aggression gegen Polen gegeben habe. Stattdessen habe der Einfall sowjetischer Truppen dazu gedient, eine Art Schutzzone gegen einen drohenden deutschen Überfall auf die Sowjetunion zu schaffen.¹⁵¹

IV. Fazit

Die polnisch-russischen Beziehungen stehen immer noch im Zeichen des gegenseitigen Argwohns. Nach wie vor lasten auch die Schatten der Vergangenheit auf ihren zwischenstaatlichen Beziehungen. Nachdem Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre eine kurze Episode mit einer russischen Annäherung einsetzte, schwand die russische Bereitschaft, sich zu den dunklen Kapiteln der gemeinsamen Geschichte öffentlich zu bekennen.

Das jahrhundertelange polnisch-russische Gegeneinander hat sich tief in das kollektive Gedächtnis beider Nationen eingegraben. Polen blickt auf zahlreiche traumatische Erfahrungen mit dem russischen Nachbarn zurück. Hierunter fallen etwa die blutigen Auseinandersetzungen mit dem zaristischen Russland, die mit der Teilung des polnischen Staates im 18. Jahrhundert verbunden waren, und die gewaltsamen Konflikte des 20. Jahrhunderts, allen voran der sowjetische Überfall auf Polen im Jahre 1939.

Bis heute existieren Meinungsverschiedenheiten, die mit den stalinistischen Verbrechen im Zusammenhang stehen. Die Aufarbeitung dieser Verbrechen ist bis heute nicht erfolgt. Entgegen polnischer Bemühungen weigerte sich etwa die russische Seite, einen Passus bezüglich dieser

¹⁵⁰ Siehe hierzu die Berichterstattung auf WELT Online vom 27.9.2015, abrufbar unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article146898163/Russland-gibt-Polen-Mitschuld-am-Zweiten-Weltkrieg.html> (zuletzt abgerufen am 12.10.2015).

¹⁵¹ Zu den Motiven dieser russischen Erklärung gehörte die Sorge wegen Entschädigungszahlungen an die polnischen Opfer des Überfalls von 1939.

Problematik in den Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrag, der im Mai 1992 unterzeichnet wurde, aufzunehmen.

Bezüglich der Politik Polens gegenüber dem Osten besteht nach wie vor eine strukturelle Interessendiskrepanz zwischen Warschau, dem an einer Intensivierung der Kontakte mit den Staaten östlich seiner Grenzen gelegen ist, und Moskau, das sich um die Sicherung bzw. Wiederherstellung seines Einflusses in diesen Ländern bemüht. Besonders signifikant ist dieser Gegensatz mit Blick auf die Ukraine und bei Polens Eintreten für eine rasche zweite Runde der NATO-Osterweiterung.

In Polen ist die Furcht vor einer übermäßigen Abhängigkeit bei der Energieversorgung, insbesondere der Erdgaslieferungen aus Russland, besonders ausgeprägt. Die NATO-Mitgliedschaft Polens führte zwar zu keiner Verschlechterung des bilateralen Verhältnisses, führte aber auch keine Verbesserung herbei.

Insgesamt sind die Beziehungen zwischen Polen und Russland geprägt durch das Nebeneinander von Misstrauen und Kooperationsbereitschaft. Irritationen und nervöse Reaktionen lassen immer wieder Kaltfronten in den bilateralen Beziehungen entstehen.

Abkürzungsverzeichnis

ABL.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFDI	Annuaire français de Droit International
Anm.	Anmerkung
ASSR	Autonome Sozialistische Sowjetrepublik
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
BGBL	Bundesgesetzblatt
BIOst	Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche Studien
BMI	Bundesministerium des Inneren
BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika
BRP	Baltische Republikanische Partei
BVFG	Bundesvertriebenengesetz
BWZ	Besondere Wirtschaftszone
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
EAWU	Eurasische Wirtschaftsunion
ed.	editor
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EIB	Europäische Investitionsbank
ENP	European Neighbourhood Policy
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
EU	Europäische Union
EUG	Europäisches Gericht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
FRTD	Facilitated Rail Transit Document
FTD	Facilitated Transit Document
FWZ	Freie Wirtschaftszone
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

GJoIL	Goettingen Journal of International Law
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
Hrsg.	Herausgeber
ICJ	International Court of Justice
IFLA	Informationsdienst für Lastenausgleich
IPbürgR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IPwirtR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
IWF	Internationaler Währungsfonds
JZ	Juristenzeitung
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit
LH	Lufthansa
lit.	littera
LNTS	League of Nations Treaty Series
Mio.	Millionen
MOE-Staaten	Mittel- und osteuropäische Staaten
Mrd.	Milliarden
MSSR	Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NILR	Netherlands International Law Review
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PDA	Priority Development Area
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PiS	Prawo i Sprawiedliwość, deutsch: Recht und Gerechtigkeit
OAU	Organisation für Afrikanische Einheit
Res.	Resolution
RGBL	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer
ROW	Recht in Ost und West
Rs.	Rechtssache

RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
Slg.	Sammlung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
UAbs.	Unterabsatz
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
UNO	United Nations Organisation
US	United States
USA	United States of America
USD	US-Dollar
UVR	Ukrainische Sowjetrepublik
vgl.	vergleiche
WTO	World Trade Organisation
WUVR	West-Ukrainische Volksrepublik
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht